

Thomas Schell

Art. 15 GG im Verfassungsgefüge



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
1 Einleitung	17
2 Die Geschichte der Sozialisierung	21
2.1 Die Zeit vor dem 1. Weltkrieg	21
2.2 Die Sozialisierungsversuche der Jahre 1918 bis 1920	22
2.3 Die Zurückdrängung der Sozialisierungsforderung	28
2.4 Die Zeit nach 1945	30
3 Art. 15 GG - obsoletes Verfassungsrecht ?	39
4 Der Begriff der Sozialisierung	43
4.1 Der Begriff der Sozialisierung in der Soziologie und dessen Brauchbarkeit für die juristische Auslegung des Art. 15 GG	43
4.2 Der sozialistische Sozialisierungsbegriff und dessen Brauchbarkeit für die juristische Auslegung des Art. 15 GG	46
4.3 Der juristische Sozialisierungsbegriff - Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum soziologischen und sozialistischen Sozialisierungsbegriff	49
5 Die Vergesellschaftung als materielles Ziel der Überführung von sozialisierungsfähigen Gegenständen in Formen der Gemeinwirtschaft	53
5.1 Der Friede und die Gerechtigkeit als Zweck und Motiv der Vergesellschaftung	54
5.2 Gleichheit und Freiheit als Zweck und Motiv der Vergesellschaftung	57
5.3 Wirtschaftliche Motive als Vergesellschaftungszweck	58

5.4 Die unzulässigen Zwecke und Motive der Vergesellschaftung	59
6 Die Überführung in <i>Formen der Gemeinwirtschaft</i> als Merkmal der So- zialisierung	63
6.1 Die Formulierung im Grundgesetz	63
6.2 Die Gemeinwirtschaft	64
6.3 Das Gemeineigentum	72
6.3.1 Konkretisierung des Gemeineigentumsbegriffs durch Rückgriff auf Art. 156 WRV	74
6.3.2 Konkretisierung des Gemeineigentumsbegriffs durch den Rückgriff auf die Sozialisierungsbestimmungen der hessischen Verfassung	80
6.3.3 Konkretisierung des Gemeineigentumsbegriffs durch Gegenüberstel- lung anderer Rechtsinstitute - Abgrenzung -	81
6.3.3.1 Die Bodenreform	81
6.3.3.2 Die betriebliche Mitbestimmung	82
6.3.3.3 Konfiskation	85
6.3.3.4 Die öffentliche Sache	90
6.3.3.5 Enteignung und Sozialbindung	94
6.3.3.5.1 Die Sozialbindung	94
6.3.3.5.2 Die Enteignung	99
6.3.3.6 Eigentumsumlegung und Eigentumsumschichtung	104
6.3.3.7 Die Wirtschaftslenkung	105
7 Die Gegenstände der Sozialisierung	111
7.1 Grund und Boden	111
7.2 Naturschätze	120
7.3 Produktionsmittel	121
7.3.1 Die Auslegung des Produktionsmittelbegriffs durch das Heranziehen der Wirtschaftslehre	123

7.3.1.1 Die sozialistische Volkswirtschaftslehre und deren Begriffsbestimmung	123
7.3.1.2 Die klassische Volkswirtschaftslehre und deren Begriffsbestimmung	125
7.3.1.3 Die Betriebswirtschaftslehre und deren Begriffsbestimmung	125
7.3.2 Zulässigkeit der Übernahme des volkswirtschaftlichen Produktionsmittelbegriffs in Art. 15 GG	127
7.3.3 Der juristische Produktionsmittelbegriff i.S.v. Art. 15 GG und damit zusammenhängende Probleme sowie die hieran geknüpfte Kritik	133
7.3.3.1 "Hilfsmittel" der Produktion	133
7.3.3.2 Patentrechte und Urheberrechte	136
7.4 Die Sozialisierung von in öffentlicher Hand stehenden Betrieben	138
7.5 Die Sozialisierungsreife	139
7.6 Die geäußerte Kritik hinsichtlich der "Nichtsozialisierbarkeit" der Banken - Schlußbetrachtung -	143
8 Die "Kann"- Formel	145
8.1 Die Rechtsnatur des Art. 15 GG	147
8.1.1 Art. 15 GG als Abwehrrecht	148
8.1.2 Art. 15 GG als Element einer objektiven Wertordnung - Art. 15 GG als wertentscheidende Grundsatznorm	153
8.1.3 Art. 15 GG als Teilhabe- und Leistungsrecht	155
8.1.3.1 Die Berufung auf Teilhabe gem. Art. 15 GG durch die "Nichtteilhabenden"	158
8.1.3.2 Zusammenhang und Folgerungen aus dem Zusammenspiel von Art. 15 GG und Art. 20 GG	160
8.1.3.2.1 Art. 20 GG und sein Inhalt	160
8.1.3.2.2 Art. 15 GG als Bestandteil und Realisierungsmöglichkeit des Sozialstaatsprinzips	164

8.1.3.2.3 Die Anspruchsqualität des Art. 15 GG i.V.m. Art. 20 GG	168
8.2 Die besondere Problematik der gesetzgeberischen Diagnose und Prognose (gesetzgeberisches Ermessen und gesetzgeberischer Beurteilungsspielraum)	174
8.3 Klarstellung: Art. 15 GG ist keine "Notstandsnorm"	177
9 Das " <i>Überführen</i> " der sozialisierungsfähigen Gegenstände in Formen der Gemeinwirtschaft	179
10 Sozialisierung durch " <i>Gesetz</i> "	183
10.1 Der Regelungsumfang des Sozialisierungsgesetzes	184
10.2 Das Gebot der Bestimmtheit	185
10.3 Das Verbot des Erlasses von Einzelfallgesetzen	187
10.4 Zulässigkeit der Sozialisierung von Monopolen	188
10.5 Maßnahmegesetze als zulässiges Handlungsinstrument einer Sozialisierung	191
10.6 Maßnahmegesetze als sinnvolle "Vollzugsart" der Sozialisierung	191
10.7 Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG	192
10.7.1 Die Theorie vom relativen Wesensgehalt	193
10.7.2 Die Theorie vom absoluten Wesensgehalt	196
10.7.2.1 Art. 2 Abs. 1 GG - freie Entfaltung der Persönlichkeit	200
10.7.2.2 Der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG	201
10.7.2.3 Die Pressefreiheit	202
10.7.2.4 Die Vereinigungsfreiheit	203
10.7.2.5 Die Berufsfreiheit und Eigentumsgarantie	204
10.8 Das Zitiergebot	213
10.9 Ausnahme vom Erfordernis eines Sozialisierungsgesetzes	214
10.10 Sozialisierung durch Vertrag	214

11 Bundes- und Landessozialisierungsrecht	219
11.1 Die Regelungen der Landesverfassungen der unmittelbaren Nachkriegszeit	219
11.2 Das Verhältnis der Sozialisierungskompetenz der Länder zu der des Bundes	221
11.3 Die Sozialisierungskompetenz und die Beachtung des Homogenitätsprinzips	224
12 Die Sozialisierungsentschädigung	229
12.1 Die Junktimsklausel	229
12.2 Umfang der Sozialisierungsentschädigung	229
12.3 Formen der Entschädigung	242
12.4 Der Zahlungspflichtige	246
12.5 Die "Rechtswegklausel"	247
13 Privatisierung als Verstoß gegen die Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 GG ?	249
14 Schlußbetrachtung	255
Literaturverzeichnis	259